

## **Resolution für eine soziale Bemessungsgrundlage für kommunale Gebühren**

Der Stadtrat appelliert an die zuständige Gesetzgebung in Bund und Land endlich eine sozialverträgliche Reform der rechtlichen Regelung von durch Kommunen erhobene Gebühren in die Wege zu leiten. Darüber hinaus soll sich Herr Oberbürgermeister Thomas Hirsch mit den Möglichkeiten seines Amtes, auch im Städtetag RLP für diese Reform einsetzen, damit Städte und Gemeinden ihrer sozialen Verantwortung bei der Umsetzung kommunalpolitischen Aufgaben gerecht werden können.

### **Begründung:**

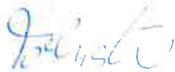
Die Abschaffung des Anwohner\*innenparkens ist die richtige Entscheidung, als Folge einer entstandenen Ungerechtigkeit aus dem System heraus. Das im letzten Hauptausschuss beschlossene Konzept ist die verwaltungspolitische Antwort auf diesen Missstand. Die Änderung der Parkgebührenordnung als logische Konsequenz bietet jedoch aufgrund rechtlicher Einschränkungen keine sozialverträglichen Parameter. Die Gebührenordnungen ermöglichen keine Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse von Bürger\*innen. Dieser erhebliche Missstand muss dringend behoben werden.

Dieser Missstand geht weit über die Parkgebühren hinaus: Es muss klar sein, dass Geringverdiener\*innen durch ein Ordnungsgeld von bspw. 50€ deutlich mehr belastet werden als Menschen mit mittlerem oder gar hohem Einkommen. Vor allem im Bereich der maßregelnden Ordnungsgelder muss die Höhe Gebühren daher dringend an der Einkommenssituation der Bürger\*innen angepasst werden.

Wir können als Kommune unserer sozialen Verantwortung im geltenden gesetzlichen Rahmen nicht nachkommen, das kann dazu führen, dass wir soziale Verdrängungseffekte erleben werden. Deshalb halten wir es nur für gerecht eine soziale Bemessungsgrundlage bei kommunalen Gebühren einzuführen, um Ermäßigungen für einkommenschwächere Bürger\*innen aufnehmen zu können. Wir können diesen Missstand in unserer politischen Zuständigkeit nicht beheben. Es gilt jedoch diesen Missstand nicht hinzunehmen, sondern die Aufmerksamkeit darauf zu richten, den Handlungsbedarf in breiter Unterstützung nach der Forderung einer sozialverträglichen Bemessung in Richtung der zuständigen Ebenen zu adressieren.

An dieser Stelle möchten wir ebenfalls die Kolleg\*innen die Teil der regierungstragenden Fraktionen im Landtag sind auffordern, diesem Vorstoß entsprechend zu folgen und auf Landesebene für eine sozial gerechte Gebührenfestlegung zu kämpfen.

Für die Fraktion DIE LINKE



Pico Schmidt, Moritz Ranalder, Tobias Schreiner und Daniel Emmerich



29.06.21